

Umweltschutz und Wirtschaftswachstum

Karl-Heinz Dignas, Sparkasse, Heft 6/Juni 1972, Seite

Die Umweltschutzkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm und in der Öffentlichkeit ausgetragene Differenzen zwischen EWG-Vizepräsident *Barre* und dem EWG-Präsidenten *Mansholt* über Umweltfragen sind nur zwei Beispiele dafür, daß Umweltgefährdung und Umweltschutz im Augenblick wohl die meistdiskutierten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Themen sind.

Dabei tritt jetzt immer mehr ein Problem in den Vordergrund, das auch zu den Differenzen im EWG-Präsidium führte: Es werden die Stimmen immer lauter, die im wirtschaftlichen Wachstum generell die Hauptursache für die Gefährdung und die Vernichtung der Umwelt sehen. Die logische Schlußfolgerung, die daraus dann gezogen wird, ist nicht schwer zu erraten: Die Wirtschaft darf nicht mehr wachsen, die Produktion von Gütern muß möglichst gedrosselt werden.

Nun wird wirtschaftliches Wachstum allgemein an der Zuwachsrate des Sozialprodukts gemessen. Dieses Sozialprodukt besteht aber zum einen aus Investitionsgütern, die wiederum sowohl von privaten Unternehmen als auch vom Staat produziert werden können, zum anderen aus Konsumgütern, die ebenfalls von Privaten und/oder vom Staat zur Verfügung gestellt werden können. Die Zunahme des Sozialprodukts allein sagt nun nichts darüber aus, welche Güter in welchem Sektor mehr produziert wurden. Wirtschaftliches Wachstum kann eine Mehrproduktion aller Güter in allen vier Sektoren, aber auch nur das Mehr an Gütern z. B. im öffentlichen Investitionsbereich bedeuten.

Diese Betrachtung zeigt, daß die These, jedes wirtschaftliche Wachstum sei von Übel, damit in dieser allgemeinen Form auch die Produktion von öffentlichen Gütern wie z. B. den Bau von Krankenhäusern und die Erweiterung des Verkehrsnetzes trifft. Und in der Tat belastet der Bau von neuen Straßen die Umwelt sicherlich nicht weniger als die Produktion der 99. Zahnpasta, die von vielen Leuten als unnütz angesehen wird.

Damit ist aber klar, daß die Mehrproduktion aller Güter, seien sie öffentlich oder privat produziert, die Natur und damit die menschliche Umwelt in zunehmendem Maße beansprucht. Im Gegensatz zu den technischen Ressourcen, wo laufend Ersatzinvestitionen getätigt werden, werden aber die knappen Ressourcen der Natur bis jetzt noch kaum erneuert. Hier ist nun aber der sogenannte springende Punkt erreicht. Will man in Zukunft die Umweltschäden vermeiden bzw. kompensieren, so müssen auch in diesem Bereich Ersatzinvestitionen zur Sanierung der Gewässer, zur Reinhaltung der Luft usw. auf die Beine gestellt werden.

Dafür sind aber gewaltige Mengen von Produktionsfaktoren erforderlich, was die Umlenkung der Ressourcen notwendig macht. Gibt es kein wirtschaftliches Wachstum, dann muß diese Umlenkung der Ressourcen verbunden sein mit der Einschränkung der Produktion anderer Güter. Welche Güter sollen es nun sein, private oder öffentliche Investitionsgüter, private oder öffentliche Konsumgüter?

Allgemein denkt man hier an eine Verminderung des privaten Konsums. Eine solche Kürzung des privaten Lebensstandards kann in einer pluralistischen Demokratie kaum als realistisch angesehen werden. Wirtschaftliches Wachstum umgeht diese Schwierigkeiten. Wirtschaftliches Wachstum kann eine Aufrechterhaltung des jetzigen Konsumstandards in Verbindung mit einem Mehr an öffentlichen Gütern und zusätzlichen Umweltschutzeinrichtungen bedeu-

ten. Im Extremfall kann sogar das statistisch ausgewiesene Wachstum nur in einem Mehr an Umweltschutzeinrichtungen entstehen.

Die richtige Adresse der Kritiker in der Umweltschutzdebatte kann deshalb nicht das Wachstum an sich, sondern nur die Zusammensetzung des Sozialproduktes bzw. seines Zuwachses sein. Selbstverständlich genügt dann die Wachstumsrate nicht mehr als Wohlstandsindikator, sondern es müssen Indikatoren hinzukommen, die über die Struktur des Wirtschaftswachstums Auskunft geben, wie z. B. die Zahl der Krankenhausbetten, der Grad der Luftverunreinigung. Ergeben diese Indikatoren ein günstiges Bild, so ist ein gleichzeitig zu verzeichnendes statistisches Wirtschaftswachstum durchaus zu akzeptieren. Weisen diese Indikatoren ein negatives Bild aus, so kann daran auch ein statistischer Wachstumsverzicht nichts ändern.

Eine solche Umstrukturierung des Sozialprodukts bedeutet aber letzten Endes zwar nicht ein absolutes, aber doch ein relatives Zurückbleiben des privaten Konsums hinter der Produktion anderer Güter. Da man aber durchaus auch heute noch nicht sagen kann, daß bei allen sozialen Schichten der Lebensstandard, wie auch immer definiert, optimal ist, muß man beim privaten Konsum sein Augenmerk verstärkt auf die Verteilung legen. Das Instrument der Steuer bietet sich damit in zweifacher Weise an: Einmal wäre über die Steuer das Wachstum des privaten Konsums zugunsten der Produktion gesellschaftspolitisch wichtigerer Güter zu beschneiden; zum anderen muß über die Steuer ein Weg gefunden werden, die Verteilung der privaten Konsumgüter gleichmäßiger zu gestalten.